

Akademikerquote erhöhen

Deutschland steht vor zwei großen Herausforderungen. Zum einen werden die Folgen des demografischen Wandels immer stärker spürbar werden – mit den viel diskutierten Folgen für unsere Gesellschaft. Nicht zuletzt ist die Finanzierbarkeit unserer Sozialsysteme erheblich in Frage gestellt, weil steigende Lasten von weniger Schultern getragen werden müssen. Zum anderen nimmt der globale Wettbewerb zu. In immer mehr Schwellenländern wird durch erhebliche Bildungsinvestitionen die technologische Kompetenz verbessert. Da wir nicht ernsthaft das Ziel haben können mit Billiglohnländern bei den Lohnkosten zu konkurrieren, bleibt uns keine andere Wahl als die Humankapitalquote zu erhöhen und unsere Produktivität zu steigern.

Beide Herausforderungen hängen vielfach zusammen. Denn auf mittlere Sicht ist der zentrale Faktor für den wirtschaftlichen Erfolg das Qualifikationsniveau der Arbeitskräfte – eine Erkenntnis, die im Wissenszeitalter nicht mehr besonders überrascht, auf die wir politisch aber noch zu wenig reagiert haben. Der Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Erfolg und Bildungsniveau kann in vielen Studien belegt werden. Betrachtet man die Ausbildungsjahre pro Kopf der Bevölkerung, so führt Deutschland gegenwärtig noch vor Korea und

den USA den Vergleich unter den Industrieländern der OECD an. Das ist sicher eine der Ursachen für die wirtschaftliche Stärke Deutschlands. Bis 2020 allerdings wird sich diese Situation dramatisch verändern. Viele Staaten realisieren enorme Wachstumsraten auf diesem Gebiet, während die Entwicklung hierzulande fast stagnieren wird. (Abb. 1). Durch den demografischen Wandel werden wir aber ab 2020 we-

niger junge Leute haben, die für eine akademische Ausbildung in Frage kommen. Das wird sich am Arbeitsmarkt besonders bemerkbar machen, wenn die geburtenstarken Jahrgänge, die zwischen 1955 und 1965 geboren wurden, aus dem Berufsleben ausscheiden und einen hohen Ersatzbedarf hervorrufen. Unser Hochschulsystem ist auf diese Situation nicht vorbereitet. Die Themen Weiterbildung und lebenslanges Lernen werden zwar diskutiert, die vielen Worte schlagen sich aber in der Realität des Bildungssystems nicht nieder. Weiter schließt das deutsche Bildungssystem zu viele Menschen aus, die

fähig und willens wären, sich höher zu qualifizieren: In Deutschland haben es Kinder aus sozial schwachen Verhältnissen besonders schwer, eine höhere Bildungsqualifikation zu erreichen. Das liegt nicht zuletzt an der selektiven Grundphilosophie unseres Bildungssystems – wie uns gerade das Gutachten des Aktionsrats Bildung noch einmal bescheinigt. Gleichzeitig ist unser Bildungssystem extrem undurchlässig. Wenn ein Kind also erst einmal auf einem Bildungspfad jenseits von Gymnasium und Studium ist, dann sind die Chancen besonders gering, in einen anderen Bildungsweg zu wechseln. Bei der Integration von Einwanderern haben wir extreme Defizite – obwohl diese Bevölkerungsgruppe nur drei Prozent der Schulabgänger eines Jahrgangs stellt, weist sie bei den Abgängern ohne Abschluss einen Anteil von 19 Prozent auf. Noch immer sind in etlichen Berufsfeldern Frauen deutlich weniger vertreten als dass in anderen Industrieländern der Fall ist.

Mit anderen Worten: Wir nutzen bei Weitem nicht alle intellektuellen Potenziale. Erschwerend wirkt, dass es zu wenig gelingt, gut qualifizierten Ausländern berufliche Perspektiven in Deutschland zu geben. Sie können hier studieren, aber selten bleiben.

Die Veränderung des Bildungssystems im Sinne einer besseren Ausschöpfung des vorhandenen Potenzials kann nicht von Heute auf Mor-

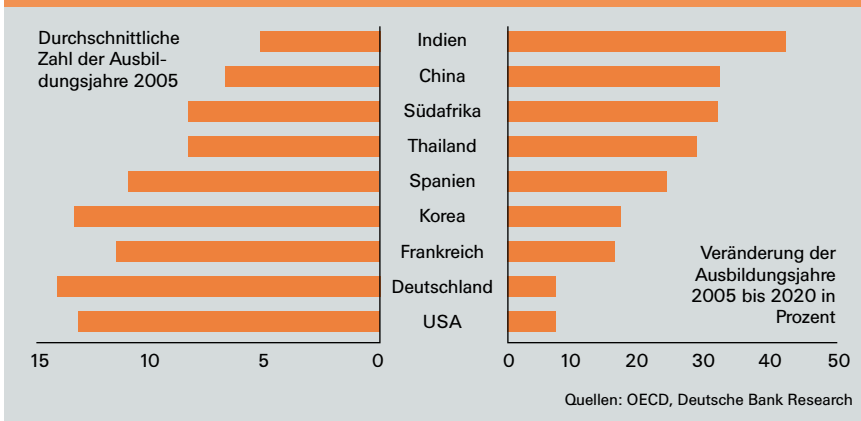


*Christian Berthold, Berater, CHE-Consult, Gütersloh
Kontakt: christian.berthold@che-consult.de*

Stichwörter in diesem Beitrag

Ausschluss aus der Bildung
Qualifikationsniveau
Hochschulsystem
Wahlentscheidung

Abb. 1: Kräftige Zunahme des Humankapitals in Indien und China



gen gelingen, muss aber schnellstens eingeleitet werden. Das Problem wird sich zunächst in den neuen Bundesländern stellen. Dort wird es bereits ab 2011 schwierig werden, die bestehenden Studienplätze mit Abiturienten zu besetzen.

Kurzfristiges Studentenhoch

Aber es gibt eine erfreuliche Nachricht: In den nächsten 15 Jahren wird die Zahl der jungen Menschen, die ein Studium aufnehmen könnten in den alten Ländern noch einmal erheblich ansteigen, einmalig, bis ab 2020 auch hier der demografische Wandel das Bild bestimmen wird. Die Geburtenrate von im Schnitt 1,4 Kindern ist zu gering, als dass die Bevölkerung insgesamt nicht schrumpfen würde. Aber es gibt in den alten Ländern eine Art demografisches Echo des Babybooms der 1960er Jahre. Dieser Effekt zeigt sich auch in anderen westlichen Industrieländern.

In Deutschland kommt die Verkürzung der Schulzeit bis zum Abitur – auf dann nur noch zwölf Jahre – hinzu, die in etlichen Bundesländern beschlossen wurde. Die Schulabgänger kommen in der Regel mit einer gewissen Verzögerung in die Hochschulen und sind dann einige Jahre eingeschrieben. Aus den Nachfragespitzen der doppelten Abiturjahrgänge wird auf diese Weise ein mittelfristiges Nachfragehoch werden. Das Problem: Dieses Hoch hat erhebliche Ausmaße (siehe Gra-

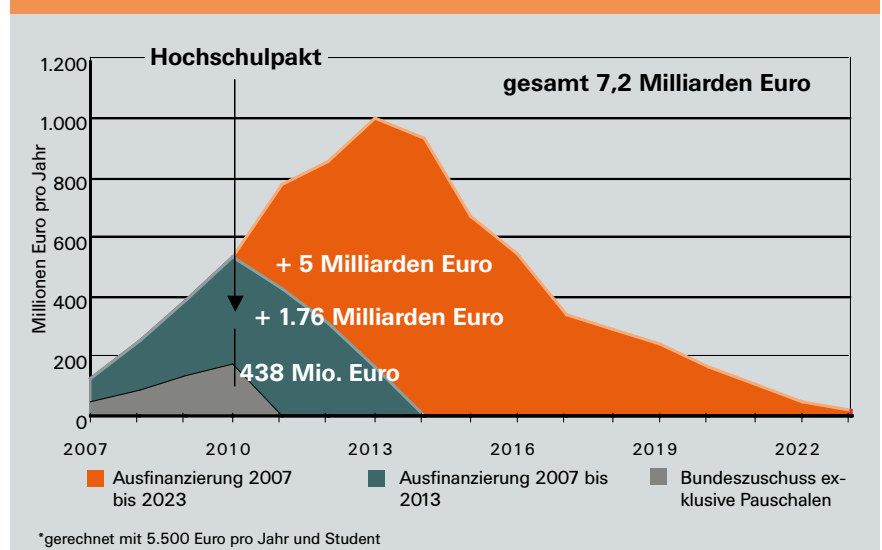
fik) und auch darauf sind wir schlecht vorbereitet. Im Jahr 2011 fehlen in den alten Ländern Studienplätze für 80.000 potenzielle Anfänger. Zum Vergleich: Die Universität Köln, eine der größten des Landes, hat im Wintersemester 2006/07 4.200 Anfänger. Die Hochschulpolitiker sind sich einig, dass das mögliche Studierendenhoch eine besondere Chance für Deutschland darstellt. Bund und Länder haben sich im Hochschulpakt darauf verständigt, bis 2010 im Westen 90.000 zusätzliche Studienplätze zu schaffen. Für jeden zusätzlichen Studenten fließt Bundesgeld, das von den Ländern in einer 1:1-Kofinanzierung zu einem Betrag von 5.500 Euro pro Student und Jahr aufgestockt werden soll.

Die neuen Länder erhalten eine Art Prämie, wenn sie ihre Kapazitäten nicht zurückfahren, sondern auf dem jetzigen Niveau halten (eine ähnliche Prämie geht an die Stadtstaaten). Wenn die studentische Nachfrage aus dem Osten selbst drastisch nachlässt, sollen die Plätze für Studierende aus dem Westen zur Verfügung stehen. Der Bund hat für den Pakt insgesamt 565 Millionen Euro beigesteuert und erwartet, dass die (westlichen Flächen-) Länder ebensoviel einbringen. Der Bund zahlt dabei für eine faktische Erhöhung der Studierendenzahlen gegenüber 2005. Ab dem Jahr 2009 soll gezahlt werden, wie viele Studierende mehr tatsächlich ein Studium aufgenommen haben.

Angesichts der Tatsache, dass nach der Föderalismusreform ein Eingreifen des Bundes eigentlich nicht möglich wäre, ist der Hochschulpakt als politischer Erfolg zu werten. Es bleiben allerdings Fragen offen. Zum Beispiel ist klar, dass der Hochschulpakt eine Fortsetzung braucht. Bisher fehlt zum Beispiel das Geld, um denjenigen, die einen zusätzlichen Studienplatz ergattert, aber 2010 noch nicht abgeschlossen haben, das restliche Studium zu finanzieren. (Abb.2)

Doch sieht sich die Politik angesichts der Restriktionen bei der mittelfristigen Finanzplanung nicht

Abb. 2: CHE-Prognose zur Entwicklung der (zusätzlichen) Studierenden*



in der Lage, eine längerfristige Vereinbarung zu treffen. Die fehlende Planungssicherheit ist für die Hochschulen durchaus problematisch. Es gibt weitere Probleme.

Kapazitäten anpassen

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Studienanfänger faktisch gesunken. Das gilt in etlichen Bundesländern auch für 2006. Die Universitäten haben lokale Zulassungsbeschränkungen eingeführt, um bestehende Überlastungen abzubauen und die Betreuungsrelationen zu verbessern. Um im Sinne des Hochschulpaktes mehr Studierende gegenüber 2005 aufzunehmen, müssen viele Hochschulen erst einmal die Verluste aus 2006 wettmachen. Auch deutet sich an, dass etliche Länder faktisch die im Hochschulpakt unterstellte Kofinanzierung für zusätzliche Studienplätze nicht zur Verfügung stellen – weil die Haushaltskonsolidierung als ein hochrangigeres Ziel angesehen wird. Im schlimmsten Fall verschlechtern sich die Bedingungen an den Hochschulen, und die Mittel, die der Bund einzubringen bereit wäre, können nicht fließen, weil die Ausbauziele nicht erreicht wurden. Die Studienbewerber erhalten dann keine Plätze, und die einzige Kennzahl die steigt, ist die Zahl der Ablehnungsbescheide.

Es geht zudem nicht nur um Kapazitäten. Schon jetzt sind bestehende Studienplätze in einigen Fächern – zum Beispiel in den Ingenieurwissenschaften – nicht belegt. Wenn nun in diesen Bereichen neue Studienplätze geschaffen würden, was gemessen am Bedarf auf dem Arbeitsmarkt richtig wäre, dann steht immer noch zu befürchten, dass die Hochschulen diese Plätze nicht gefüllt bekommen. Von erheblicher Bedeutung sind die tatsächlichen Wahlentscheidungen der Studierenden, die nicht in jedem Fall den Erwartungen der Hochschulen und dem Bedarf des Arbeitsmarkts entsprechen.

Vor diesem Hintergrund muss das deutsche Hochschulsystem drei

große Herausforderungen meistern. Erstens müssen aus mehr Hochschulzugangsberechtigten tatsächlich mehr Studierende werden. Dies gelingt nur, wenn das Hochschulsystem ausgebaut wird und die benötigten Studienplätze geschaffen werden. Dabei dürfen nicht nur die preiswerten Buchfächer berücksichtigt werden. Denn das Studierendenhoch ist eine besondere – und für Jahrzehnte nicht wiederkehrende – Chance. Zweitens muss die Chance, die darin liegt, dass der demografische Wandel erst mit 15-jähriger Verspätung im gesamten Hochschulsystem ankommt, auch für den Umbau des Systems genutzt werden. Die Hochschulen müssen eingestellt werden auf eine Zeit, in der es immer weniger traditionelle Studierende gibt. Das ist eine große Aufgabe, bei der eine Fülle weiterer Politikbereiche betroffen ist – vom Schulsystem bis zum Ausländerrecht. Das Studie-

rendenhoch gewährt uns ein gewisses Zeitfenster dazu.

Und drittens muss die Gelegenheit, dass nun für lange Zeit zum letzten Mal viele studierfähige junge Menschen die Schulen verlassen, noch zu einer anderen Anstrengung genutzt werden: Wir müssen jetzt die Akademikerquote deutlich steigern. Denn es ist tendenziell einfacher, mehr junge Menschen, die mit einer Hochschulzugangsberechtigung die Schulen verlassen, zur Aufnahme eines Studiums zu bewegen, also die Übertrittsquote zu erhöhen. Zuletzt ist diese Quote gerade wieder gesunken auf 69 Prozent. Wir müssen sie im Gegenteil deutlich steigern, wenn wir die Produktivität erhöhen wollen. Auch wenn es schwierig ist, all diese Aufgaben gleichzeitig anzufangen, wir haben keine andere Wahl. Wir müssen politische Entscheidungen treffen, und wir müssen sie jetzt treffen.